

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“



### Bezugspreise:

Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60  
Einzelnummer 10 S

Erscheint an jedem Werktag  
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold

Verantwortung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold

### Anzeigenpreise:

Die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S  
Reklame-Seite 45 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag  
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 165

Gegründet 1827

Dienstag, den 19. Juli 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

## Tagespiegel

Reichskanzler Dr. Marx und die Reichsminister Stresemann und Köhler sind in den Urlaub gegangen, die Minister Köhler, Koch und Schäfer werden in dieser Woche abreisen. In Berlin befinden sich in der nächsten Zeit nur noch die Minister Schiele, Hergt und Gessler.

Die Heimwehren in Steiermark haben ein Ultimatum gestellt, den Verkehr bis mittags 12 Uhr wieder aufzunehmen. Sie drohen, andernfalls nach Graz zu marschieren. In Innsbruck hat die Heimwehr die Eisenbahn zur Wiederaufnahme des Verkehrs gezwungen. Der Landeshauptmann hat die Hofburg in Innsbruck mit Maschinengewehren besetzen lassen. In Kärnten haben die sozialdemokratischen Arbeiter die Heimwehren entwaflnet.

Bei Empfang der sozialdemokratischen Abordnung erklärte Bundeskanzler am Montag mittags, es stehe ausschließlich dem Parlament zu, Vorkehrungen und Unternehmungen zu beschließen. Die Sozialdemokraten müßten daher dort ihre Anträge stellen. Feierlich protestierte er dagegen, daß die Polizei und ihre Organe als die Schuldigen hingestellt werden.

Die Aufstellung der „Schutzwache“ ist von der Sozialdemokratischen Partei ohne Genehmigung der Bundesregierung erfolgt, sie hat daher keinen amtlichen Charakter. Man glaubt, daß sie nur ein Vorwand sei, um den sozialistischen Republikanischen Schutzbund zu bewaffnen.

## Die deutsche Sozialpolitik

### Der Bericht der Arbeitgeberverbände

Der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände kennzeichnet das wirtschaftliche und soziale Geschehen der Jahre 1925 und 1926 mit folgenden Worten: „Umfassende technische und organisatorische Rationalisierung und großen, zum Teil über die deutschen Grenzen hinaus reichenden Zusammenhängen, sowie der Beginn der Neuordnung unserer bis Januar 1925 durch das Versailler Diktat geknebelten Außenhandelsbeziehungen auf der einen Seite, Arbeitslosigkeit in bisher nie erlebtem Ausmaß auf der andern Seite kennzeichnen die Entwicklung der beiden letzten Jahre. Neben strukturellen Verbesserungen gesteigerte soziale Not.“

Der Bericht stempelt die beiden letzten Jahre als eine Zeit des Übergangs und Suchens ab; er weist darauf hin, daß mit dem Jahr 1925, mit der auf dem Einströmen ausländischen Geldes nach Annahme des Dawesplans beruhenden lebhaften Beschäftigung und mit der im folgenden, das ganze Jahr 1926 beherrschenden Deflationstriebe eine neue Epoche der deutschen Wirtschaft eingeleitet habe, die namentlich auch die Aufgaben der Sozialpolitik immer schwieriger habe werden lassen. Wie die Gesetzgebung auf diese Aufgabe reagiert hat, zeige sich in der Flut von Gesetzen und Verordnungen. Es zeige sich ferner in dem eher verflärten als abgeschwächten Bestreben der öffentlichen Gewalten, auf die der Gesetzgebung und öffentlichen Regelung bisher noch entzogenen Gebiete des sozialen Lebens Einfluß zu gewinnen, sie der freien Vereinbarung zu entziehen. Der Bericht bezeichnet als eine der schwersten Hemmungen für die Herausbildung eines befriedigenden Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Enthebung der beiden Gruppen von der letzten Verantwortung durch das Eingreifen der Staatsgewalt. Bei der großen Lohnbewegung vom Frühjahr 1925 seien nur etwa 23,6 v. d. Industrietarife auf freiwilliger Grundlage abgeschlossen worden, dagegen 40 v. d. aller Lohnregelungen durch die Verbindlichkeitsklärung erfolgt.

Die Vereinigung wünscht, daß aus den sozialpolitischen Motiven der Regierung rein politische, außerhalb des Gebiets der Sozialpolitik liegenden Erwägungen möglichst ferngehalten werden. Seit November 1918 seien insgesamt 495 Reichsgesetze oder Verordnungen sozialpolitischen Inhalts verabschiedet worden; im laufenden Jahr sind bisher nicht weniger als 27 solcher Gesetze erlassen und 26 in Vorbereitung. Zahlen, die die Frage nahe legen, ob nicht auch hier mit der allmählichen Rückkehr besser geregelter innerer Verhältnisse ein ruhigeres Tempo angezeigt wäre und ob vieles sich nicht mehr ausreifen lassen müßte, ehe der Gesetzgeber eingreift. Der Bericht führt über die Stellung des Reichswirtschaftsrats, namentlich über die mangelnde Beachtung seiner Gutachten durch den Reichstag. Tatsächlich werde die dort von Sachverständigen aller wirtschaftlichen und sozialen Gruppen geleistete Gutachterleistung ziemlich hinfällig, wenn der Reichstag über diese Beschlüsse einfach zur Tagesordnung übergehen könne, und an Stelle sachlichen Urteils die politische oder gar parteipolitische Zweckmäßigkeit zum Ausgangspunkt und zur Richtschnur der sozialen Gesetzgebung nimmt.

Der Bericht will die Sozialpolitik nicht als Selbstzweck aufgefaßt wissen, sondern bei Unterstützung aller Bestrebungen, die auf einen Schutz des wirtschaftlich Schwachen hinielen, als eine Ergänzung der Wirtschaftspolitik, gleich dieser dazu bestimmt, die Produktion und Produktionskraft des deutschen Volkes zum Nutzen aller zu steigern. Er läßt an dem Primat des Staats gegenüber der

## Der Sturm in Wien beschwichtigt

### Der Generalfreik eingestellt

Wien, 18. Juli. Am Samstag war in Wien die Ruhe im allgemeinen wiederhergestellt. Am Samstag und Sonntag dauerten die Verhandlungen des Bundeskanzlers Dr. Seipel mit den Führern der Sozialdemokraten an. Der Forderung seines Rücktritts lehnte Dr. Seipel ein scharfes Nein entgegen, ebenso lehnte er die Entlassung des Polizeipräsidenten Schöber entschieden ab. Der Ministerrat hat vielmehr Schöber seine besondere Anerkennung für seine Beherrschung der Lage ausgesprochen, die es zu den ziellosen Ausschreitungen nicht hätte kommen lassen, wenn er nicht durch den Bürgermeister Seif anfangs in der Anwendung der nötigen Maßnahmen behindert worden wäre. Der Ministerrat bewilligte eine namhafte Geldsumme für die getöteten und verwundeten Schutzleute.

Die Führer der Sozialdemokratie verlangten in den Verhandlungen die Einberufung des Parlaments. Seipel erklärte sich hierzu sofort bereit, die Führer gerieten aber dadurch in Verlegenheit und erwiderten, so hätten sie es nicht gemeint. Dr. Seipel warf ihnen die zweideutige Haltung des Republikanischen Schutzbunds vor und betonte, daß die Polizei sowohl wie die bürgerliche Bundeswehr sich als durchaus zuverlässig erwiesen hätten. (Die Bundeswehr, die etwa der deutschen Reichswehr entspricht, ist in Österreich in eine bürgerliche und eine sozialistische geteilt.) Biersack wird die Auflösung des Parlaments verlangt, das nach dem Wiener Blutfreitag bei Neuwahlen eine andere Zusammensetzung zeigen würde. Dr. Seipel soll nach einer Prager Meldung die sozialistischen Führer auch darauf hingewiesen haben, daß bei den aus nächster Urkunde entsandten Unruhen die Waffen ihrer Führung vollkommen entleert seien und daß kommunistische Agenten sich haben der Führung bemächtigen können. Wie dem auch festgesetzt wurde, daß der Vorsitzende der Kommunistischen Partei in Deutschland, Pieck, im Flugzeug nach Wien gekommen sei. Dr. Seipel stellte dann seinerseits die Forderung, daß der Generalfreik bedingungslos eingestellt werde. Am Sonntag früh wurde jedoch der Verkehr der Straßenbahn und der elektrischen Stadtbahn wieder aufgenommen. Den Direktionen der österreichischen Bundesbahnen in Wien, Linz, Innsbruck und Villach wurde telegraphisch mitgeteilt, daß von Montag früh an Züge für Arbeiter und Angestellte an ihre Arbeitsstätten ausgeführt werden sollen.

Die Lage ist aber immerhin noch unsicher, die Bürgerschaft wagt sich lange nicht auf die Straße und der Verkehr flüchtet allenthalben. In verschiedenen Straßen wurden Passanten von den Aufwühlern ihrer Wertgegenstände beraubt und drei Personen vor dem Hotel Bristol niedergeschossen. An der Lichterfeldgasse wurden mehrere Häuser ausgeplündert und die Möbel vom Barrakadenbau verwendet. Der prachtvolle riesige Justizpalast ist eine Trümmerstätte, von der nur noch die Außenmauern stehen. Die hohen Säulen sind in der Feuersglut geblieben. Der Schaden beträgt viele Millionen Schilling. Die Stadterhaltung Wiens hat auf zehn Tage eine Stadtwache gebildet und die Arbeiter aufgefordert, den Weisungen des Bürgermeisters und der von ihm berufenen Wachkommandanten Folge zu leisten und sie zu unterstützen. Wer sich dieser proletarischen Wehr widersetze, sei ein Disziplinbrecher und Feind der Arbeiterschaft. Gelinge es proletarischer Kraft, die Ordnung wiederherzustellen, dann werde die Macht der Arbeiterklasse in Wien gesichert sein.

Gegenüber der Behauptung, daß die Polizei an dem Blutvergießen die Schuld trage, ist ermittelt worden, daß ein Kommunist namens Fiala, der verhaftet ist, den ersten Schuß abgegeben hat. Im ganzen waren bis Sonntag vormittag 272 Aufwührer in Haft. Die Zahl der Toten wird neuerdings auf etwa 150, die der Verwundeten auf 690 oder gar 1500 angegeben. Unter den Opfern befinden sich viele Schutzleute, die in der greulichsten Weise ermordet worden sind.

Die Beisehung der Opfer findet am Mittwoch nachmittags um 2 Uhr auf dem Zentralfriedhof statt. Die Toten werden auf einem gemeinsamen Platz, aber in Einzelgräbern beerdigt. Die Kosten trägt die Stadt Wien. An den Begräbnissen nehmen teil neben den Angehörigen die Beauftragten der sozialistischen Partei, Abordnungen der Betriebsräte und der Ortsgruppen des Republikanischen Schutzbunds. In den Wiener Betrieben wird während der Beerdigung eine Viertelstunde lang Arbeitsruhe herrschen.

Wirtschaft keinen zweier bestehen und erst von dem Grundsatze aus, daß auch die Sozialpolitik in das gesamte, in der Staatsgewalt gipfelnde Leben des Volks als dienendes Glied eingegliedert werden müsse. Die Notwendigkeit der Sozialpolitik und die Anerkennung der Arbeitnehmerschaft und ihrer Vertretungen — einschließlich der in den Einzelunternehmungen gepflegten Verständigungsarbeit — als gleichberechtigtes Glied des Produktionsprozesses wird stark betont und der Wunsch nach einer Besserung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer wieder hervorgehoben.

### Ruhe in den Bundesländern

Innsbruck, 18. Juli. Soviel bis jetzt bekannt ist, haben die Wiener Unruhen auf die Bundesländer nicht übergriffen. In Oberösterreich und Salzburg blieb alles ruhig. In Tirol schlossen sich die sozialistischen Eisenbahner dem Generalfreik an, und in Innsbruck hielten sie den Bahnhof besetzt. In der Nacht zum Montag ließ jedoch der Landeshauptmann den Bahnhof durch Bundesmilitär (Alpenjäger), Gendarmerie und Heimatwehr umstellen, worauf die Republikanischen Schutzbündler und die Eisenbahner ohne Kampf abgezogen. Es wurde nun auf der Eisenbahn ein Notverkehr eingerichtet. Nur auf der (elektrischen) Wittenwaldbahn konnte der Betrieb nicht sogleich aufgenommen werden, da die Streikenden die Stromleitung gestört hatten. Die Durchgangszüge Deutschland-Italien verkehren regelmäßig. In Borsberg hatte die Landesregierung durch Heimatwehr und Technische Nothilfe die Bahnhöfe schon einige Stunden früher als in Tirol besetzen lassen. Der Verkehr ging dann wieder glatt vor sich. Tausende von Fremden sind in Tirol und den andern Alpenländern in Postautos usw. abgereist; allein 3000 Fremde sollen Innsbruck verlassen haben. Die Postangestellten in Tirol haben größtenteils sich der Landesregierung für die Bewältigung des Fremdenverkehrs zur Verfügung gestellt.

In den Bundesländern wird der Gedanke erörtert, eine Verfassungsänderung in der Richtung zu beantragen, daß der Stadt Wien die Eigenschaft eines eigenen Bundeslands nicht mehr zuerkannt werden solle, da die Stadt in dieser Eigenschaft eine dauernde Gefahr für den Bestand des Bundesstaats Österreich bilde. — Die Bundesländer sind von Anfang der neuen Verfassung an nie gut auf die Stadt Wien zu sprechen gewesen.

### Stimmen des Auslands

Berlin, 18. Juli. Die Blätter sind darin einig, daß der tiefere Grund der Unruhen in Wien, das ein Herz der Unruhen bleibe, in dem schlimmen Friedensvertrag von St. Germain zu erblicken sei. Auch die Sozialdemokratie trefte der Vorwurf, daß sie nach der Revolution das Meer in ihrem Sinn politisiert und so die andern Parteien gezwungen habe, ebenfalls nichtsozialistische Kompagnien zu bilden, wodurch, wie die „Germania“ schreibt, die Zuverlässigkeit der Bundeswehr unterhöchelt worden sei.

London, 18. Juli. Der „Star“ und andere Blätter führen die ungesunden Verhältnisse in Österreich und besonders in Wien auf den Vertrag von St. Germain zurück, der die wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs unhaltbar gemacht habe. Man müsse genau untersuchen, inwieweit Moskau wieder seine Hand im Spiel gehabt habe.

Paris, 18. Juli. Die Presse befürchtet als Folge des Wiener Aufruhrs, daß die Besorgnis, in Wien könnte eine sozialistische Republik errichtet werden, dem Wunsch Österreichs nach dem Anschluß an Deutschland neue Nahrung gebe. Es sei daher notwendig, daß die Großmächte rasch handeln, ehe Deutschland und Italien eigenmächtig eingreifen.

Rom, 18. Juli. Das halbamtliche faschistische „Giornale d'Italia“ schreibt: Die ziellose Freiheit, die durch das sozialistische Regiment in Wien eingeführt worden ist, hat der kommunistischen Revolution den Boden bereitet und sie beim ersten Anlaß zum Ausbruch kommen lassen. Italien muß alle Vorkehrungen treffen. Die „Tribuna“ sagt, es dürfe nicht gebildet werden, daß die kleine österreichische Republik im Mittelpunkt Europas zum Versuchsfeld für kommunistische Gerüchte gemacht werde. Andererseits dürfe die Revolution auch keinen Vorwand für eine politische Veränderung (Anschluß) abgeben.

### Der Schattendorfer Pfarrer Rheind von Schutzbündlern verschleppt?

Budapest, 18. Juli. Nach einer Meldung des „Magyar-Korr.-Bur.“ wird von der österreichischen Grenze berichtet, daß die sozialistischen Schutzbündler gestern den Schattendorfer Pfarrer Rheind nach einem unbekanntem Ort verschleppt hätten. Rheind sei der Schwager der Brüder Tscharmann, die in Wien vom Schwurgericht freigesprochen worden waren.

## Dr. Schacht und die Entschädigungsfrage

Der schon seit längerer Zeit bestehende Eindruck, daß die deutscherseits in der Entschädigungsfrage getriebene Politik weder einheitlich, noch zielklar ist, hat sich durch die bekannten Äußerungen Dr. Schachts vor seiner Abreise aus New-York verstärkt. Es muß die Gemüter bei uns und im Ausland verwirren, wenn Dr. Köhler am 16. Februar im Reichstag die überragende Bedeutung der Wiederherstellungsfrage für Wirtschaft und Finanzen feststellt und eine baldige Aenderung des Dawesplans fordert, und wenn kaum fünf Monate später (am 13. Juli) Reichsbankpräsident Dr. Schacht deutschen Pressevertretern in Amerika erklärt, der Dawesplan funktioniere glatt und selbständig

Der Gesellschafter ist Ihre Zeitung!

und werde auch weiter funktionieren; eine Änderung sei daher nicht notwendig und dürfe auch nicht immer wieder gefordert werden.

Man kann die Frage unerörtert lassen, ob Dr. Schacht in Neuport im Einverständnis oder gar auf ausdrückliche Ermächtigung politischer Verantwortlicher Reichsstellen gesprochen, oder ob er seine private Ansicht geäußert hat.

Es ist nicht zu erkennen, warum Dr. Schacht die Ergänzung des Dawesplans nach den von ihm gewünschten beiden Richtungen nach Ablauf der vier Uebergangsjahre für möglich hält.

Neuestes vom Tage

Italienischer Widerspruch gegen die schwarze Schmach Rom, 18. Juli. Die ganze italienische Presse übernimmt einen Bericht aus dem „Laboro d'Italia“, dem bekanntesten faschistischen Blatt, das scharf gegen die Truppenverfälschung auf Korsika durch Frankreich Einspruch erhebt.

Die Schutzfrist für geistiges Eigentum Genf, 18. Juli. Nach dem Berner Abkommen sollte das Autorenrecht und die Schutzfrist für literarisches und künstlerisches Eigentum wie bisher auf 30 Jahre beschränkt sein.

Durchsuchung der russischen Bank in Schanghai, 18. Juli. Auf Ersuchen der chinesischen Behörde wurde die Niederlassung der russischen Dalnibank in Schanghai von der Fremdenpolizei durchsucht.

Vor einer Neuverteilung der Kräfte in China? Schanghai, 18. Juli. Nach Meldungen aus Peking bestätigt es sich, daß Tchangkai-shek der Nordarmee einen Waffenstillstand angeboten hat.

Zum Geburtstag von Gottfried Keller.

Am 19. Juli 1819 wurde in Zürich Gottfried Keller geboren. Sein Vater war sowohl ein tüchtiger Handwerker, als auch ein Mann von Bildung, der für patriotische, politische und pädagogische Bestrebungen tätig war.

Schweizer und Schwaben sind stammverwandten Geblütes. Um das schwäbische Meer liegt die älteste Kulturstätte Deutschlands, um den Bodensee, an dem Schwaben und Schweizer gleichen Anteil haben.

Ich möchte an dieser Stelle nur die innigen und freundschaftlichen Beziehungen hervorheben, die zwischen dem Weltbetrüger Fr. Z. Vischer und G. K. bestanden.

unter der Bedingung der Zurückziehung der Südtruppen aus Schwanting und eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Radikalen.

Auffstandsbeziehung auf Java Batavia, 18. Juli. In Banoeng wurden mehrere eingeborene Soldaten festgenommen, die auf einen Polizeigangten geschossen hatten.

Württemberg

Stuttgart, 18. Juli. Auslandsbutterhandel der Milchzentrale. Die Abgg. Ströbele und Dr. Häder haben an das Staatsministerium folgende Anfrage gerichtet: Wie verlaute, betreibt die Milchversorgung Stuttgart einen Handel mit dänischer Butter.

Priesterjubiläum. Stadtpfarrer Kurz an der Untertürheimer kath. Stadtpfarrgemeinde feierte gestern sein 25jähriges Priesterjubiläum.

Vom Konsulatswesen. Der zum Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herold B. Quarkon ist vorbehaltlich der Erteilung des Exequatur durch das Reich für das württ. Staatsgebiet vorläufig anerkannt und zugelassen worden.

Teilweise Einstellung des Güterverkehrs nach Oesterreich. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Die Oberbetriebsleitung Süd der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat wegen Unruhen in Oesterreich und Einstellung des Personen- und Güterverkehrs die Annahme von allen Gütern nach Passau-Lebergang, Simbach-Lebergang, Salzburg-Ort und -Lebergang, Ruffein-Ort und -Lebergang, Wittenwald-Lebergang, Griesen-Lebergang, Fronten-Steinach-Lebergang und Lindau-Lebergang gesperrt.

Jubiläumsausstellung der Kunstgewerbeschule. Die Württ. staatliche Kunstgewerbeschule, die in diesem Jahr die Feier des 25jährigen Bestehens der mit ihr vereinigten und im Jahr 1902 von Professor Bankol gegründeten Lehr- und Versuchswerkstätten, verbunden mit dem 25jährigen Jubiläum ihres Direktors, Professor Bernhard Bankol, begehen konnte, veranstaltet aus diesem Anlaß in ihrem Neubau auf dem Weißenhof von Mitte Juli bis Ende September eine Jubiläumsausstellung, die Samstag vormittag vor einem größeren Kreis geladener Gäste feierlich eröffnet wurde.

Preiserhöhung der Friseur. Die Stuttgarter Friseure haben, weil ihre eigenen Unkosten für Löhne, Mieten und dergl. in der letzten Zeit ständig gestiegen sind, die Bedienstungspreise erhöht.

Meineid. Das Schwurgericht hat den 48 J. a. Bauunternehmer Ernst Guhl von Juffenhäuser wegen Meineids zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Bernhausen a. J., 18. Juli. Schutz dem Fildertkraut. Eine hier abgehaltene Versammlung der Darlehensvereine der Fildergemeinden, auf der 17 Darlehensvereine vertreten waren, nahm eine Entschliessung an, daß den Erzeugern von Fildertkraut ein bestimmter Einfluß auf die Bildung der Krautpreise eingeräumt werden muß.

Waterlandsfreunde, sie geißelten, was sie als Unwesen und Unfug erkannten, sie hatten hohe moralische Anschauungen.

Wie in ihrer Weltanschauung so hatten sie auch im Temperament und Lebensart vieles gemeinsam. Beide besaßen neben rauher Außenseite ein feines zartes Empfinden; trotz vieler Gemeinsamkeit, hatten sie jedoch Verschiedenheit genug, um sich gegenseitig geistig zu ergänzen.

Wenn wir heute des Geburtstages von G. K. gedenken, so können wir ihn am besten ehren, wenn wir uns in seine Dichtungen und Werke vertiefen. Die meisten Menschen haben heute in der Hast des Lebens wenig Zeit, Bücher zu lesen und doch sollte jeder ein paar Stunden in der Woche finden, in denen er sich in die Gesellschaft solcher Männer begibt.

Ehlingen, 18. Juli. Kirchenpflegerwahl. Am Freitag ist vom engeren Rat des Ev. Gesamtkirchengemeinderats an Stelle des in den Ruhestand getretenen Kirchenpflegers Kizele Schultheiß Wagner von Feldstetten zum Kirchenpfleger der Ev. Gesamtkirchengemeinde Ehlingen gewählt worden.

Obereslingen, 18. Juli. Ein erfolgreicher Chor. dirigent. Bei dem mit der Jahrhundertfeier des Schwäbischen Sängerbunds verbundenen Wettgesang in Blosingen am 17. Juli beteiligte sich Mittelschuloberlehrer Rudolf Schmid-Ehlingen mit seinen drei Vereinen und errang drei Preise, darunter einen ersten Preis im höheren Volksgesang und einen ersten Preis im Kunstgesang.

Niederstetten M. Gerabronn, 18. Juli. Ortsvorsteherwahl. Einer recht erheben Biederwahl durfte sich heute nach einer 10jährigen Amtsperiode Stadtschultheiß Jakob Schroth erfreuen. Von 796 Stimmen (80 v. H.) erhielt er 790 Stimmen. Der kleine Rest war ungültig oder gesperrt. Einige Zettel waren mit poetischen Ergüssen beschriftet.

Ulm, 18. Juli. Der Gemeinderat in Oesterreich. — Vom Generalkreis überrascht. Der Ulmer Gemeinderat, an seiner Spitze Oberbürgermeister Dr. Schwammberger, unternahm am vergangenen Mittwoch eine Reise nach Vorarlberg, um dort die Bauten der Wasserwerke, von denen nach ihrer Fertigstellung auch Württemberg elektrische Kraft beziehen wird, zu besichtigen.

Tübingen, 18. Juli. Neue Kinderklinik. Zum Universitätsjubiläum wird die nach den Plänen von Oberbaurat Daiber-Stuttgart erbaute neue Kinderklinik mit 56 großen Kinder- und 50 Säuglingsbetten eröffnet werden.

Im Stift wird am 26. Juli 9 1/2 Uhr vormittags eine Festhandlung stattfinden. Die bekannte Metallwarenfabrik Wilhelm Mayer und Franz Wilhelm in Stuttgart hat zum Universitätsjubiläum eine künstlerisch wertvolle Erinnerungsmedaille herausgegeben.

Omünd, 18. Juli. Fachschule. Im laufenden Sommerhalbjahr wird die Fachschule von 148 Schülern, darunter 16 Schülerinnen, besucht.

Die vom Omünder Forschungsinstitut in den letzten Wochen veranstalteten Fortbildungs- und Meisterkurse wurden von insgesamt 109 Teilnehmern besucht.

Vom Heuberg, 18. Juli. Vom Erholungsheim. Nach der Aufzeichnung vom 1. Juli ist das Erholungsheim auf dem Heuberg mit 2207 Kindern besetzt. Den größten Anteil stellt dabei die Stadt Stensburg mit 346 Kindern, ihr folgt Emden mit 130, Hamburg mit 105 und Mannheim und Nürnberg mit je 100 Kindern.

Heilbronn, 18. Juli. Die Einweihung der Jugendherberge, deren Bau schon vor mehreren Jahren begonnen war, deren Vollendung aber durch die Inflation und andere schwierige Verhältnisse immer wieder verzögert wurde, fand gestern in Anwesenheit der Jugendverbände, sowie zahlreicher Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden statt.

Am letzten Samstagabend fand im Jugendheim eine Abschiedsfeier für den aus Heilbronn scheidenden Pfälzer Dr. Hoffmann statt. Aus der Ansprache des Stadtpfarrers B. B. kam zum Ausdruck, wie schmerzlich der Weggang des allseitig so geschätzten Pfälzers nach Ulm empfunden wird.

Festgenommen und dem Gericht übergeben wurde ein 20 Jahre alter, lediger Arbeiter aus Redatgartach, der sich bei Ueberlingen aus einem Bauernhaus unter schweren Umständen 400 Mark aneignete, flüchtig ging und das Geld auf einer Rheinlandreise verjubelte.

Anlässlich der Feier des 30jährigen Bestehens der Kurzschrift hielt der württ. Stenographenbund Stolze-Schrey hier seine Hauptversammlung am Sonntag ab.

Möckmühl, 18. Juli. Neue Zeitschrift. Im Verlag der „Unterländer Volkszeitung“ erscheint eine neue Zeitschrift „Südfränkische Heimatblätter“. Südfranken ist das Gebiet des ganzen nördlichen Württemberg und heute und der anschließenden badischen Landesteile. Für sie wurde die Zeitschrift, die jeden Monat erscheint, ins Leben gerufen.

Oetisheim M. Maulbronn, 18. Juli. Blitzschlag. Bei dem gestern nachmittag über die hiesige Markung niedergegangenen Gewitter schlug um 5 Uhr der Blitz in die Feldscheuer des Landwirts Friedrich Schneider, die mit Heu gefüllt war, und zündete. Die Scheuer stand in kurzer Zeit in Flammen und brannte vollständig nieder.

Hall, 18. Juli. Todesfall. Herr Karl Waizmann, Schriftleiter am Haller Tagblatt, ist am 16. Juli im Ellwanger Krankenhaus nach längerer Krankheit gestorben.

Friedrichshafen, 18. Juli. Ueberfiedelung des herzoglichen Hauses. Die herzogliche Hofhaltung ist von Altshausen nach Friedrichshafen verlegt worden. Im Schlosse daselbst wurde am Freitag der 82. Geburtstag der Mutter von Herzog Albrecht, Herzogin Philippa, begangen. Abends brachte ihr die Stadtkapelle ein Ständchen, dem die herzogliche Familie anwohnte. Der Kapelle und ihrem Dirigenten wurde seitens der Herzogin und durch Herzog Albrecht Dank und Anerkennung ausgesprochen.